

EHRHART NEUBERT (BERLIN)

Die Revolution 1989 und die schwierige Erinnerung 15 Jahre danach

1989 ist eine Jahreszahl mit suggestiver Kraft, ein Symbol für einen tief greifenden Wandel. Die »Ordnung von Jalta« wurde zerschlagen und der hoch brisante Ost-West-Konflikt aufgelöst. Die Schleier der virtuellen kommunistischen Ideologieprodukte wichen einer realistischen politischen Wahrnehmung. In Ostmitteleuropa gründeten sich neue selbständige demokratische Republiken, die schon bald in die Europäische Union drängten. Deutschland wurde ein »normales Land«¹, ein Nationalstaat mit einer demokratischen Verfassung.

Einheit und Freiheit fielen Deutschland in den Schoß. So billig und so friedlich waren politische Veränderungen noch nie. Ostdeutschland erfuhr einen enormen Freiheits- und Wohlstandsgewinn. Dennoch spielt das Jahr 1989 in der heutigen deutschen Selbstwahrnehmung fast gar keine Rolle. Der Epochenumbruch wird in seinen Folgen verdüstert und verjammert. Die politischen und gesellschaftlichen Diskurse drehen sich um die Reformierbarkeit des Sozialstaates, um Reformstau und Sozialabbau. Obwohl die Vereinigung beider deutscher Nachkriegsstaaten insgesamt gelungen ist, haftet ihr ein merkwürdiges Unbehagen an. Die Vereinigung wird ausschließlich auf ihre bürokratischen, ökonomischen und sozialen Aspekte reduziert. Deshalb konnte 1989 auch im Westen nicht angenommen und im Osten nicht verkräftet werden. Die Vereinigung wurde nur zur Addition von Schuldenbergen ohne politischen Machtzuwachs. Deutschland ist ein »schlafender Riese«, wie im Ausland gespottet wird. Der Osten trägt an den strukturellen und biographischen Folgen der Transformation. Er erlebt sich beschämt als Schwarzes Loch für den monetären Milliardensegens aus dem Westen. Obwohl einerseits froh über die Vereinigung, fühlen sich alle andererseits irgendwie zwangsvereinigt. Aber womit können sich alle Deutschen identifizieren, nach innen wie nach außen? Mit dem deutschen Fußball, mit Bern 1954? Mit der Deutschen Mark oder der deutschen Wertarbeit? Der Höhe von Steuersätzen? Das alles unterliegt Konjunkturen mit Verfallsdaten.

Es fehlt den Deutschen seit 1989 an einer historisch-politisch begründeten Identität, die aufgerufen werden kann, wenn es gilt, politische und ökonomische

¹ Maier, Charles S.: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus. Frankfurt a. M. 1999, S. 510.

Schwierigkeiten zu überwinden. »Es fehlte der politische Übertragungsraum, in dem sich Ost und West im Prozess der Neugründung hätten begegnen können, und es fehlte eine stiftende Idee, die das Zusammenkommen der beiden Staaten symbolisch hätte darstellen können.«² Es fehlten die feierlichen und gefeierten Stiftungsakte, wie sie alle anderen europäischen Demokratien kennen. Auf der Suche nach solchen historischen Ereignissen, die geschichtspolitisch aufgearbeitet werden können, ist nur die Revolution 1989 zu entdecken.

Mit einer Ausnahme des 17. Juni 1953. Im Jahr 2003 gab es einen wahren Geschichtsboom anlässlich des 50. Jahrestags des 17. Juni 1953. Er war sicher zum Teil medial inszeniert, aber er trug und die Medien brachten das, was die Konsumenten wissen, sehen und hören wollten. Die Politiker haben das Ereignis zum Teil für ihre Selbstdarstellung benutzt. Aber noch wichtiger war, dass sie eine einheitliche Sprache über die gescheiterte Revolution für Einheit und Freiheit fanden. Für 1989/90 steht Vergleichbares aus, obwohl diese Revolution für die geschichtspolitische Nutzung weit ergiebiger ist als der 17. Juni 1953.³

Doch eine Geschichtspolitik, die nicht in einen Wildwuchs von Mythen versinken will, die nicht Heroen und Monster, sondern die Menschen im Blick hat, die sich tatsächlichen Abläufen und nicht außergeschichtlichen Berufungen oder Verdammnissen verpflichtet weiß, muss ein wissenschaftliches Fundament haben. Zwischen Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik gibt es ein ähnliches Verhältnis wie zwischen Diagnose und Therapie. Zwischen beiden besteht kein zwingender Zusammenhang. Die Diagnose entwirrt ein Ursachengeflecht und die Therapie greift in Prozesse ein, um ihnen eine gewünschte Richtung zu geben. Doch sie kommen auch nicht voneinander los. Der Diagnostiker ist nicht unbefangen und der Therapeut kann die Diagnose nicht ignorieren. Auch im Fall 1989/90 hat die Wissenschaft eine Dienstleistungsfunktion: Wie war es, warum kam es so, wie es kam, was wirkte und was wirkt noch, welche Konstellationen, Prozesse und Interdependenzen sind zu beachten.

Hier ist nicht der Platz, alle methodischen Ansätze der Analyse von 1989 zu referieren, wie dies schon mehrfach unternommen wurde. Es sollen vielmehr, freilich zugespitzt, die Desiderata der wissenschaftlichen Forschung zu 1989/90 zusammengetragen werden. Oder besser, es sollen außerwissenschaftliche Faktoren genannt werden, die für das Ausbleiben eines schlüssigen Geschichtsbildes verantwortlich sind.

² Grunenberg, Antonia: *Der Schlaf der Freiheit. Politik und Gemeinsinn im 21. Jahrhundert.* Reinbek bei Hamburg 1997, S. 203.

³ Vgl. dazu Eisenfeld, Bernd/Kowalczyk, Ilko-Sascha/Neubert, Ehrhart: *Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte (= Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 25),* Berlin 2004.

Revolution und Demokratie

In den Debatten über die Angemessenheit des Revolutionsbegriffes für 1989 wird meist ein formaler Kriterienkatalog abgearbeitet, der in einer Revolution den Akt des Herrschaftswechsels und der dazu führenden Modalitäten betrachtet. Großereignisse wie die Französische Revolution oder der bolschewistischen Militärputsch in Petrograd am 7. November 1917 bekommen dabei archetypische Bedeutung. Phänomene wie die Krisensituation der Herrschenden, die Initialzündungen der Massenbewegung, die Massen antreibenden utopischen Ideen oder die Anwendung von Gewalt werden deswegen als unerlässliche Bestandteile einer echten Revolution betrachtet. Um aber nicht jeden Machtwechsel als Revolution bezeichnen zu müssen, ist der Eintrag normativer Aspekte in den Revolutionsbegriff unverzichtbar.

Die großen bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit in England, Frankreich und Amerika haben trotz unterschiedlichster Verläufe nicht schlechthin das traditionelle Herrschaftssystem abgelöst, sondern führten zur Gründung demokratischer Republiken. Diese Revolutionen haben die Macht der Gesellschaft über sich selbst ermöglicht, indem sie den Bürgern das Recht einräumten Rechte zu haben. Im völligen Gegensatz dazu stand die Machtübernahme der späteren totalitären Regimes. Sie schöpften ihre Legitimität nicht aus dem Recht der Bürger, sondern aus übergeschichtlichen Sendungen. Auftragnehmer der Geschichte war die Partei.

So stellt die kommunistische Mythologisierung der bolschewistischen Machtübernahme als Revolution kein wirkliches Äquivalent zu den demokratischen bürgerlichen Revolutionen her. Eine Entsprechung zu den demokratischen Revolutionen gibt es aber in den unzähligen antikommunistischen Aufständen, Streiks, Erhebungen und schließlich den ostmitteleuropäischen Revolutionen 1989. Dafür sprechen nicht nur die artikulierten Forderungen, sondern auch die Inanspruchnahme von Bürgerrechten und die Institutionalisierung demokratischer Körperschaften einschließlich vieler Übergangsstrukturen.

Diese Prozesse sind von der Forschung bislang, abgesehen von wenigen wichtigen Ausnahmen, nicht berücksichtigt worden. Zumeist werden mobilisierungstheoretische Fragen, der utopische Überschuss von Teilen der revolutionären Akteure einschließlich deren Motive und Ziele untersucht. Dabei kommt der demokratische Gehalt der tatsächlichen Revolution gar nicht erst ins Blickfeld. Für viele Beobachter erscheint erst die Übernahme des bundesdeutschen Rechts- und Bürokratiesystems als die eigentliche Revolutionierung der DDR. Aber im Osten fand eine demokratische Revolution durch den Zusammenschluss von Bürgern, Hannah Arendt sprach von »revolutionären Räten«,⁴ in einer spontanen

⁴ Vgl. Arendt, Hannah: Die ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus, München 1958.

und ursprünglichen Weise statt. Die Phase von November 1989 bis Ende Sommer 1990 – die Gründung von Bürgerkomitees, Bürgerwachen, Untersuchungsausschüssen, die Ersetzung der kommunistischen Politiker und Kommunalpolitiker, der Elitenaustausch in wichtigen Ämtern, die allmähliche Ersetzung der kommunistischen »Volksvertretungen« durch provisorische Parlamente, die vielfältigen Formen der Runden Tische von den Bezirken bis in kleine Kommunen und vieles andere mehr – wird von vielen Forschern überhaupt nicht ernst genommen.

Das Vernachlässigen dieses empirischen Materials führt dazu, dass die aus westdeutschen Erfahrungen gespeiste Deutung des Umbruchs den Mangel an revolutionären Basiserfahrungen und revolutionärer Selbstorganisation auf die ostdeutschen Vorgänge überträgt. Und es kommen dann solche Erklärungen heraus, wie sie Jürgen Habermas mit seiner Figur von dieser »nachholenden Revolution«⁵ geschaffen hat. Wobei er unter dem Nachholen auch noch das Kopieren der Bundesrepublik verstand. Die bürokratische Kontinuität, abgesehen von der mehr oder weniger gelungenen Säuberung der Institutionen von Nazis, war in den Westzonen und der alten Bundesrepublik nahezu ungebrochen. 1989 standen die Revolutionäre im Osten vor einer völlig anderen Situation. Es gab nichts mehr, woran anzuknüpfen war. Von der Rekonstruktion der kleinsten Gemeindeverwaltung bis hin zur Bildung der Länder unter den Bedingungen der sich nur langsam zurückziehenden SED-Eliten mussten die Verhältnisse von Laienpolitikern revolutioniert werden. Diese Erfahrung der Ostdeutschen, dass die Demokratisierung mit der Revolution genuin verbunden war, gilt es nicht nur aus dem empirischen Material zu erschließen, sondern auch geschichtspolitisch zur Beheimatung in der Demokratie zu bearbeiten.

Überschätzung von Politik

In der Forschung zu 1989/90 findet sich auch eine latente Überschätzung der offiziellen Politik. Sowohl konservative wie auch sozialdemokratische Historiker haben in auffälliger Weise mit ihren Forschungen die ihnen nahe stehenden Bundesregierungen legitimiert. So dominiert nach wie vor in der Zeitgeschichte im Blick auf die DDR die Herrschaftsgeschichte, im Blick auf die Bundesrepublik die parteigeschichtlichen Aspekte der Deutschlandpolitik und in den Darstellungen der zwischendeutschen Geschichte die Verhandlungsgeschichte. Gerade die Besichtigung von 1989/90 zeigt aber, dass die Gesellschaftsgeschichte nicht außer Acht gelassen werden kann. 1989/90 leitete nicht etwa die Politik den Strom

⁵ Habermas, Jürgen: Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. Was heißt Sozialismus heute?, in: Ders.: Die nachholende Revolution, Frankfurt a. M. 1990, S. 179–204.

der Zeit, sondern das Schiff der Politik trieb im gesellschaftlichen Strom. Der reiende Strom, der alles mit sich fortzog, war die Gesellschaft, genauer die ostdeutsche Gesellschaft.

Die ostdeutsche Gesellschaft trieb die Politik in Ost und West vor sich her. Alles was geschah, erfolgte auf Druck der Opposition, der Ausreisewilligen und der demonstrierenden Bevölkerung. Die Gesellschaft erzwang von der Öffnung der Grenzen bis zur Wahrungunion und Wiedervereinigung alle wesentlichen Schritte der Politik. Helmut Kohl erkannte erst am 19. Dezember 1989 vor einhunderttausend Menschen in Dresden seine Aufgabe und seine Chance.

In der Forschung hat sich bisher nur bei einigen Autoren wie Hartmut Zwahr,⁶ Karsten Timmer⁷ und Patrik von zur Muhlen⁸ der zivilgesellschaftliche Ansatz zur Deutung der Revolution durchgesetzt. Die bundesdeutsche DDR-Forschung hat das Konzept der Revolution durch die Entwicklung der Zivilgesellschaft, das in Polen, Tschechien, Ungarn und in Ansätzen auch in der DDR von Dissidenten entwickelt wurde, ignoriert. Schon 1982 konstatierte Karl Schlögel im Blick auf die intellektuellen Arbeiten der sowjetischen Dissidenten: »Samizdat-Zeugnisse werden in der westlichen Geschichtsschreibung und Theoriebildung zur Sowjetunion bisher zu wenig berücksichtigt; damit wird praktisch die spezifische Erkenntnisleistung der systeminternen Kritik ignoriert.«⁹ Und dies galt auch für alle anderen kommunistisch beherrschten Länder. Es sollten jedenfalls jetzt, nachdem die Irrtümer der DDR-Forschung offensichtlich sind, die Ereignisse von 1989/90 nicht an der Leistung und Fehlleistung westlicher Politik gemessen, sondern auf die Eigendynamik gesellschaftlicher Willensbildung zurückgeführt werden.

Ein Nebenschauplatz der Missachtung der ostmitteleuropäischen Gesellschaften ist die Überschätzung der Rolle Michail Gorbatschows seit 1986. Gorbatschow war nicht der große Liberalisierer, der den Völkern Osteuropas und der Sowjetunion Freiheit gewährte. Er war der Konkursverwalter des Kommunismus. Das System war machtpolitisch beim Amtsantritt des letzten KPdSU-Generalsekretärs schon ausgebrannt. Die Integrationskraft des Kommunismus war total verbraucht und Gorbatschow musste die Flucht nach vorn antreten. Da sich die Völker einem Reformexperiment nicht mehr unterziehen wollten, wurde aus der Perestroika eine »Destroika«. Die tragische Figur Gorbatschows steht

⁶ Zwahr, Hartmut: Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR. Göttingen 1991.

⁷ Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegungen in der DDR 1989. Göttingen 2000.

⁸ Zur Mühlen, Patrick von: Aufbruch und Umbruch in der DDR. Bürgerbewegung, kritische Öffentlichkeit und Niedergang der SED-Herrschaft, Bonn 2000.

⁹ Schlögel, Karl: Literatur der Dissidenz als Ansatz einer Theoriebildung zur sowjetischen Gesellschaft. Ein Diskussionsbeitrag (= Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, H. 31/1982), Köln 1982, S. 2.

nicht für den Anfang von etwas Neuem, sondern für das Ende des Alten. Die Wissenschaft und die Erinnerung sollten deswegen in ihm keinen Helden feiern, sondern an ihm das Scheitern Lenins realisiert sehen. Nicht Gorbatschows Einsicht und Gnade, sondern der »Völkerfrühling«¹⁰ brachte die Freiheit.

Der westliche »Verrat« von Jalta

So unzweifelhaft es ist, dass 1989/90 den Anschluss Ostmitteleuropas an die zivilisatorischen Werte des Westens bedeuteten, so eindeutig ist auch, dass der Westen und seine politische Klasse diese Werte seinen eigenen Interessen unterordneten. Der Westen hat die Befreiungsbewegungen im Osten nie unterstützt. Gewiss gebot das einerseits die politische Vernunft, den Frieden zwischen den Blöcken nicht zu gefährden. Andererseits galt auch für die politische Klasse des Westens gegenüber dem Sowjetimperium das tief verinnerlichte Dogma der »Ordnung von Jalta«. In der ostmitteleuropäischen Dissidenz war die »Ordnung von Jalta« ein Begriff für die Teilung Europas, wie sie sich seit der Konferenz von Jalta und in den frühen Jahren des Kalten Krieges ausbildete. Mit diesem Diktatabkommen des Jahres 1945, das weder demokratisch legitimiert noch von irgendeinem der betroffenen Völker gebilligt worden war, hatte der Westen seine Unschuld verloren. Die Westmächte hatten sich wie schon bei Hitler 1939 an Stalins Praxis der willkürlichen Grenzziehungen und Deportationen ganzer Völker beteiligt. Dieser »Verrat von Jalta«, »wo Roosevelt und Churchill Stalin die Hälfte des Kontinents überantworteten«¹¹, hatte weit reichende Folgen. Der Westen hat nach jeder antikommunistischen Erhebung oder Revolution die Verfügungsgewalt der Sowjets über ihre Kriegsbeute diplomatisch erneut bestätigt. Ungehört verhallten die verzweifelten Hilferufe der ostmitteleuropäischen Völker. Adam Michnik hat dies im November 1980 in Warschau treffend beschrieben: »Man muss daran erinnern, dass uns damals [im Oktober 1956, d. Verf.] das brennende Budapest zeigte, dass Veränderungen, wenn sie überhaupt möglich waren, so doch vor allem durch die sowjetische Präsenz in diesem Teil Europas äußerst eingeschränkt wurden; die grundsätzlichen Spielregeln wurden einerseits von der sowjetischen Präsenz, andererseits von der Tatsache bestimmt, dass der Westen diese Position akzeptierte. Der Hilferuf des ungarischen Ministerpräsidenten Imre Nagy und das Schweigen des Westens waren ein sehr beredtes Zeichen dafür,

¹⁰ Ash, Timothy Garton.: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990, München 1990, S. 451.

¹¹ Spinelli, Barbara: Der Gebrauch der Erinnerung. Europa und das Erbe des Totalitarismus, München 2002, S. 16.

dass die Verträge von Jalta immer noch in Kraft bleiben und dass uns keiner helfen würde, nur wir selbst.¹²

1989 halfen sich die ostmitteleuropäischen Völker selbst. Diese sich selbst befreienden Gesellschaften trieben nicht nur die eigenen Machthaber vor sich her, sondern ermöglichten auch neue Räume für die Politik des völlig überraschten Westens, der bis dahin den Ereignissen hinterhergelaufen war. Die Ordnung von Jalta zerbrach. In Warschau zeigt das renommierte, aus der polnischen Demokratiebewegung der Achtzigerjahre hervorgegangene Dokumentationszentrum *Karta* gegenwärtig eine Ausstellung mit dem Titel »Das Ende von Jalta«.¹³

Die westdeutsche Wissenschaft hatte sich bis dahin in mancherlei Enthaltbarkeit geübt. Sie hat die dissidentische Ost-Mittel-Europa-Debatte Intellektueller in Polen, ČSSR, Ungarn und der DDR geflissentlich übersehen. Die Status-quo-Denker konnten überhaupt nicht verstehen, dass die ostmitteleuropäischen Völker die Teilung Europas nicht als Friedensfaktor anerkannten. Allein die Tatsache, dass 1989 auch auf die politischen Fehler des Westens verweist, lohnt die Erinnerung an diese europäische Revolution. Das würde das Bewusstsein über den Wert der Freiheit stärken.

Erlebnisneid und falsche Identifikationen des Ostens

Einer realistischen Betrachtung von 1989/90 steht noch ein weiteres mentales innerdeutsches Problem entgegen. Das ist einmal der Erlebnisneid der politischen Klasse des Westens gegenüber all denen im Osten, die sich 1989 auf den Straßen die Kehlen heiser schriegen oder auch noch mehr für die Freiheit taten. Was können die westdeutschen Politiker vorweisen? Sie haben sich über die Jugendorganisationen hochgedient. Sie haben Geld für ihre Plakate gesammelt und ihre Parteifreunde ausgetrickst. Andere Karrieristen mit „revolutionären“ Erfahrungen verdanken einer Politpubertät, dem nachträglich aufgeputzten 1968, ihren Aufstieg. Damit ist nun wirklich kein Staat zu machen. Manche der »68er« und ihre Epigonen verkünden über 1989: »Zwei Bewegungen, keine Revolution«,¹⁴ um auch den ostdeutschen Akteuren eine Kompetenz der Freiheit abzusprechen, die sie selbst nie gehabt haben.

¹² Michnik, Adam: Was wir wollen, was wir können, in: Brus, Włodzimierz/Fehér, Ferenc/Michnik, Adam (Hrsg.): Polen – Symptome und Ursachen der polnischen Krise, Hamburg 1981, S. 38.

¹³ Siehe die Publikation zur Ausstellung Gluza, Zbigniew (Hrsg.) u. a.: *The End of Yalta. Breakthrough in Eastern Europe 1989/90*, 3. Aufl. Warschau 2004.

¹⁴ Jander, Martin/Schroeder, Klaus: Zwei Bewegungen, keine Revolution, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* 1997, H. 4, S. 43–59.

Das führt bisweilen auch zu einer merkwürdigen Koalition. Auch im Osten gibt es Leute mit Erlebnisneid, weil sie allzu lang auf der Seite der »Sieger der Geschichte« standen, die dann doch verloren. Sie sind heute darum bemüht, eine ostdeutsche Identität zu schaffen, die es nie gab. Sie feiern die DDR in nostalgischen Alltagsbanalitäten. Sollen sie doch die rührenden Geschichtchen ihrer Feigheit mit dem Putzmittel *Atta* und der Zigarettenmarke *F6* ausstatten. Einbeinige und einarmige deutsche Landser haben auch noch lange schöne Geschichten aus dem Schützengraben erzählt. Allerdings finden die Ost-Nostalgiker im Westen ihre Bewunderer. So sitzen sie nun als angeblich typische Ostler in westlichen Fernsehshows mit Pionierhalstüchern und Winklementen und agitieren für eine DDR, die 1989/90 aus gutem Grund untergegangen ist. Warum identifiziert der Westen die Falschen mit dem Osten? Weil er ein falsches Geschichtsbild vom Osten hat. In der Auseinandersetzung mit der deutschen Diktaturgeschichte spielt im Westen und besonders für westdeutsche Intellektuelle die Aufarbeitung des NS-Regimes die entscheidende Rolle. »So ist Auschwitz die Gründungslegende ex negativo der Bundesrepublik.«¹⁵ Davon wird 1989 erdrückt. So stehen sich weitgehend zwei Geschichtsdiskurse in Ost und West beziehungslos gegenüber. Hier sind die Geschichtspolitiker gefragt.

Deutschland hat keinen Gründungsakt der Republik, aber eine Erzählung von der Freiheit, eine »Gründungslegende«, die Revolution 1989. Deren Bedeutung erschöpft sich nicht in den historischen Abläufen. Sie ist als zivilisatorisches Ereignis gesamtdeutsch und europäisch, sie hat eine geschichtliche und eine gegenwärtige Dimension. Hannah Arendt hat beklagt, dass viele Revolutionen keine Stätten der Freiheit fanden. Doch sie zeigt einen Ausweg: »All dies und wahrscheinlich sehr viel mehr ging verloren, als der Geist der Revolution – dieser neue Geist, der zugleich der Geist des Neubeginns ist – die ihm angemessene Institution nicht fand. Dieses Scheitern ist durch nichts mehr gutzumachen, es sei denn, man versucht immer aufs Neue, durch Erinnern und Dem-Geschehen-Nachdenken zu verhindern, dass dieser Verlust endgültig werde.«¹⁶ Darum bietet jedes Jubiläum der Revolution eine notwendige Gelegenheit der Erinnerung.

¹⁵ Eckardt, Rainer: Triumph über die Diktatur oder Verschleierung der Vergangenheit? Zwölf Jahre Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur: Eine vorläufige Bilanz, in: Horch und Guck 11 (2002), H. 3, S. 25.

¹⁶ Arendt, Hannah: Über die Revolution, München 1974, S. 29 f.